

Gerangel um Eigenheim-Zulage

TÜBINGEN (ran). Die rot-grüne Koalition in Berlin will die Eigenheimförderung künftig auf Familien beschränken. Zwischen Alt- und Neubauten wird kein Unterschied mehr gemacht. Im Gegensatz zu seiner SPD-Kollegin Rita Haller-Haid verteidigt der Grünen-Landtagsabgeordnete Boris Palmer das Vorhaben.

„Wer weiter daran festhält, nach dem Gießkannenprinzip und ohne Blick auf die Bedürftigkeit Milliarden unter die Leute zu bringen, ruiniert den Staat“, hält Boris Palmer der Forderung Rita Haller-Haids entgegen, die Eigenheimförderung in der bisherigen Form beizubehalten. Die Zulage sei durch Mitnahmeeffekte vor allem teuer, bringe jedoch wenig. Überdies sei sie „denkbar ungeeignet“, dem Wohnraumangel in Universitätsstädten entgegenzutreten.

Durch die Reform erhielten nicht nur Familien mit Kindern Vorrang, argumentiert der Grünen-Abgeordnete, sondern durch die Abschaffung der Bevorzugung von Neubauten werde „auch noch der Trend zur Zersiedelung verringert und die Umwelt geschützt“. Dem Wohnungsmangel auf besonders teurem Pflaster wollen die Landes-Grünen mit einer speziellen Städteförderung begegnen: Acht Jahre lang soll es dort zusätzlich zur Kinderförderung eine Zulage von je 300 Euro geben, außerdem je 300 Euro Öko-Zuschlag für besonders energiesparende Bauweise oder Renovierung.